

Erklärung
der Präsidentinnen und Präsidenten
der deutschen und österreichischen Landesparlamente
sowie des Südtiroler Landtages

Eine jugendgerechte Politik für eine jugendgerechte Gesellschaft

Die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente und des Südtiroler Landtages haben sich schon mit weitgehenden Fortschritten jugendgerechter Politik befasst. In ihrer gemeinsamen Konferenz 2009 in Graz haben sie es sich zum Ziel gesetzt, Initiativen zu ergreifen, um das Verhältnis junger Menschen zur Politik weiter zu verbessern.

Viele junge Menschen haben den Eindruck, dass die Politik zu wenig auf sie eingeht. Sie haben das Gefühl, dass ihre Stimmen nicht ausreichend Gehör finden und sie distanzieren sich daher vielfach von den Parteien.

Dieser Umstand ist insofern eine gefährliche Erscheinung, als empirische Untersuchungen zeigen, dass das Verständnis für politische Aktivitäten und für die Notwendigkeit demokratischer Vorgänge umso mehr abnimmt, je weniger Wissen über Politik und Demokratie und je mehr Distanz zu diesen besteht. Daher wundert es auch wenig, wenn das Verständnis von parlamentarischer Demokratie oftmals – wenn überhaupt - nur mehr auf die Teilnahme an Wahlen reduziert wird.

Politischer Diskurs von Themen und eine Darstellung von unterschiedlichen Vorstellungen der Parteien, Politikerinnen und Politiker für die Lösung von gesellschaftlichen Problemen in Argument und Gegenargument sind Wesen parlamentarischer Demokratie. Oft wird diese Auseinandersetzung aber nicht als sachlich notwendig, sondern als sinnlos und unsachlich wahrgenommen. Unbestritten ist in diesem Zusammenhang, dass Politikerinnen und Politiker durch rhetorische Überspitzungen bei öffentlichen Diskursen und bei der Darstellung ihrer Positionen in der Öffentlichkeit eine ablehnende Haltung der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere der Jugendlichen, gegenüber der Politik begünstigen.

Politische Kultur:

In Anbetracht der oben geschilderten Situation erscheint es notwendig, alle Politikerinnen und Politiker der Parlamente aufzufordern, bei öffentlichkeitswirksamen Auftritten und Äußerungen eine themen- und sachbezogene Diskussion in den Vordergrund zu stellen und somit eine angemessene und vertretbare Streit- und Diskussionskultur zu pflegen.

Tatsache ist aber auch, dass es selbst für Politikerinnen und Politiker, die sich für einen sachlichen und themenbezogenen Wettstreit von Ideen und Lösungsvorschlägen einsetzen, schwierig ist, an Jugendliche heran zu kommen und deren Interesse und Verständnis zu wecken. Dies hängt auch mit den sich neu herausgebildeten Jugendkulturen zusammen, die oftmals eine Positionierung außerhalb von Institutionen, im Besonderen außerhalb der Parteien, bevorzugen.

Politische Bildung:

In demokratisch organisierten Gesellschaften hat insbesondere die Schule die Aufgabe, einen Beitrag zur Herausbildung einer demokratischen politischen Kultur zu leisten und Jugendliche auf die Teilnahme an Politik und Gesellschaft vorzubereiten. Sie hat mit einem Unterrichtsfach „Politische Bildung“ die Chance, die Politikdistanz dieser Bevölkerungsgruppe zu reduzieren und für mehr Wissen über und mehr Verständnis für Politik und Demokratie zu sorgen, insbesondere auch deshalb, weil die Weitervermittlung dieser Inhalte von einer neutralen, außerhalb der Politik stehenden Einrichtung und in institutionalisierter Form erfolgt. Dies sollte gerade jungen Menschen entgegen kommen.

Politische Bildung ist zwar in allen Schulsystemen der konferenzteilnehmenden Länder verankert, eine Vielzahl unterschiedlicher Bezeichnungen für dieses Unterrichtsfach und die gelegentliche Kombination mit anderen Gegenständen, wie etwa Geschichte, erschweren die Feststellung, in welchem Ausmaß politische Bildung in Schulen vermittelt wird. Dabei ist gerade dieses Unterrichtsfach hervorragend dafür geeignet, die didaktischen Prinzipien des exemplarischen Lernens, der Adressaten-, Problem- und Handlungsorientierung sowie der Kultur der kontroversen Diskussion anzuwenden und weiter zu vermitteln. Der Nutzen geht daher weit über jenen des Erwerbs von Wissen zu einem bestimmten Thema hinaus.

Politische Bildung sollte daher möglichst intensiv vermittelt werden: d.h. mit angemessener Stundenanzahl und für alle Gruppen von Schülerinnen und Schülern, insbesondere auch für Auszubildende. Hierfür ist es unbedingt erforderlich, den Lehrerinnen und Lehrern im Rahmen ihrer Aus- und Fortbildung eine entsprechende Unterstützung für die Vermittlung der Lehrinhalte zu geben.

Bürgernähe:

Natürlich müssen auch die Parlamente ihren Beitrag dazu leisten, die Distanz zu jungen Menschen zu überwinden. Hierzu sollte alles unternommen werden, um Parlamente für Bürgerinnen und Bürger zu öffnen. Demokratie und Politik müssen greifbar sein.

Wenn die Politik das Interesse der jungen Menschen für sich gewinnen will, muss sie sich aufgeschlossen zeigen – gegenüber den Jugendlichen selbst ebenso wie gegenüber ihren Meinungen und Ansichten. Es muss daher gelingen, Jugendliche bei ihren Interessen und Präferenzen abzuholen und sie zu überzeugen, dass ihre Bedürfnisse und Vorschläge ernst genommen werden. Dabei sollten bevorzugt Instrumentarien und Methoden eingesetzt werden, die es ermöglichen, Partizipation zu praktizieren, wobei über die traditionellen Beteiligungsformen und -mechanismen hinaus auch neue Kommunikationsformen genutzt bzw. entwickelt werden sollten. Ebenso werden Fokusgruppendifkussionen zwischen Abgeordneten und Jugendlichen, Jugendparlamente, gemeinsame Workshops etc. hilfreich sein, um mit den jungen Menschen gemeinsam an Ideen und Projekten zu arbeiten.

Die Parlamente bekennen sich – ohne die Bedürfnisse einer Bevölkerungsgruppe gegenüber anderen Generationen in den Vordergrund zu stellen – zu einer jugendgerechten Politik. Wir wollen eine lebendige Demokratie dauerhaft sichern. Dazu brauchen wir eine politisch informierte und engagierte Jugend.